



An den Grossen Rat

21.5189.02

BVD/P215189

Basel, 31. März 2021

Regierungsratsbeschluss vom 30. März 2021

Interpellation Nr. 30 von Gianna Hablützel-Bürki betreffend „Bettelnden, Fäkalien und Billettkontrollen“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. März 2021):

«Seit Monaten belästigen ausländische Bettler(banden) die Basler Bevölkerung. Mit fragwürdigen Entscheiden hat der Regierungsrat eine Viertelmillion-Franken Steuergelder eingesetzt, um den Roma-Bettlern in der Notschlafstelle Gratis-Übernachtungsangebote zu ermöglichen und die inländischen Obdachlosen in Hotels einquartiert. Nun ist die Notschlafstelle wieder frei und Romas nächtigen wieder in Parkanlagen und in öffentlichen Durchgängen. Die Ausgaben, welche der Kanton Basel-Stadt für die rumänischen Bettlergruppen auf Kosten der Steuerzahler ausgibt, müssen nun endlich beziffert werden.

Die Interpellantin hat in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Öffentliche Parkanlagen werden von der Bevölkerung in der Freizeit als Erholungsgebiet genutzt und die Grünflächen entsprechend vom Kanton bewirtschaftet. Es ist längst bekannt, dass die rumänischen Bettlerbanden ihre Notdurft in Parkanlagen, hemmungslos an Gotteshäusern und sogar in Mülltonnen von Restaurants verrichten sowie ihren Dreck und Müll liegen lassen. Im menschlichen Kot sind viele Keime enthalten, die krankmachen können. Diese Keime können mehrere Tage lang überleben.
 - a) Weiche Mittel und Massnahmen werden wie oft eingesetzt, um die Fäkalien fachgerecht zu entsorgen?
 - b) Wie hoch sind die personellen Mehraufwendungen und die Mehrkosten der Stadtreinigung für die Entsorgung des Drecks, des Mülls und des Wegräumens des Kots sowie des Desinfizierens der Wände etc. (sofern das überhaupt gemacht wird) seit Aufhebung des Bettelverbots im Sommer 2020?
2. Seit Monaten kämpft das Basler (Gastro)-Gewerbe ums nackte Überleben. Die vom Bundesrat verhängten Covid-19 Massnahmen drängen unzählige Gastronomie-Betreiber in den blanken Ruin. Unrat, welcher durch die Romas verursacht wird, kosten die Gastronomie-Besitzer zusätzlich viel Geld. Die verzweifelte Kontaktaufnahme von Gastronomiebetreibern mit der Kantonspolizei Basel-Stadt, Recherchen der Interpellantin sowie der nachgewiesenen Tatsache, dass Romas auch Müll-Container von Restaurant Besitzern verwenden, um ihre grosse und kleine Notdurft zu verrichten, zwingen die Gastronomiebesitzer, täglich die Abfallbehälter zu reinigen. Dass dies nicht nur mit Wasser und handelsüblichen Reinigungsmitteln gelingt, liegt wohl auf der Hand. Mit grossen Mengen an Desinfektionsmitteln müssen diese täglich aufwändig von Hand gereinigt werden. Der grosse Einsatz von Desinfektionsmitteln wirkt sich auf die Umwelt aus. Beim Reinigen gelangt ein Teil der Gifte ins Abwasser. «Einige dieser Substanzen sind sehr giftig für die Wasserorganismen» wurde eine Umweltexpertin am Schweizerischen Ökotoxizentrum in Dübendorf zitiert.

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass der Einsatz von mehreren Litern Desinfektionsmittel Auswirkungen auf unsere Umwelt haben kann?
 - b) Werden die Auswirkungen (sofern bekannt) bewusst verschwiegen, weil der Regierungsrat nicht handelt und die Romas weiterhin in unserem Kanton unterhalten werden?
 - c) Täglich müssen Restaurantbesitzer und dessen Personal die Fäkalien an Hauswänden, Eingängen und in Mülltonnen entsorgen sowie reinigen. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass dieser tägliche Mehraufwand für die Ladenbesitzer zumutbar ist und die Kosten gerechtfertigt sind?
3. Diese unwürdige und demütigende Aufgabe kostet die Restaurantbetreiber sehr viel Geld. Aufgrund des Entscheids des Bundesrates vom 24. Februar 2021, müssen die Gastronomiebetriebe weiterhin geschlossen bleiben und die meisten Betriebe haben nach wie vor keine Einnahmen. Zudem ist es so, dass wer ab September 2020 einen Betrieb eröffnet hat, keinen Überbrückungskredit erhält!

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) Ist sich dieser bewusst, welche horrenden Kosten die Restaurantbesitzer aus der eigenen Tasche berappen müssen, um den Dreck von Bettelbanden zu entsorgen?
 - b) Ist der Regierungsrat bereit, die betroffenen Gastronomen zu entschädigen (auch rückwirkend) und die tägliche Reinigung der oben genannten Fäkal-Thematik zur Aufgabe der Stadtreinigung zu machen?
 - c) Falls der Regierungsrat nicht bereit ist, die betroffenen Gastronomiebetriebe zu unterstützen, will die Interpellantin wissen, weshalb nicht?
 - d) Welche Massnahmen werden durch den Regierungsrat ergriffen, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu setzen?
4. Das Härtefall-Paket des Kantons Basel-Stadt unterstützt lediglich Betriebsstätten mit Betriebsaufnahme vor dem 1. September 2020.
- a) Welche Willkür hat den Regierungsrat getrieben, um alle nach dem 1. September 2020 eröffneten Betriebsstätten zu benachteiligen, obwohl diese die Eröffnung bereits vor dem ersten Lockdown publiziert hatten?
5. Hundehalter bezahlen eine Hundesteuer, sind verpflichtet den Hundekot aufzunehmen und in den Abfallbehältern zu entsorgen. Eine Zuwiderhandlung wird mit Fr. 100.00 gebüsst. Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:
- a) Wie oft wurden Romas für das Erledigen ihrer Notdurft und das Liegenlassen des Mülls gebüsst?
 - b) Falls keine Bussen ausgesprochen wurden: weshalb werden Hundehalter gebüsst, Romas jedoch nicht?
 - c) Falls Bussen ausgestellt wurden, wie viele Bussen wurden effektiv bezahlt? Wenn nicht bezahlt wird, wie läuft das Inkasso ab?
 - d) Wie hoch sind die Einnahmen von Sommer 2020 bis heute?
 - e) Ist der Regierungsrat bereit, die Hundesteuern 2021 bis zur Aufhebung des Bettelverbots zu erlassen bzw. rückwirkend zu entschädigen?
6. Der Kanton Basel-Stadt hat für die Bettelnden extra «Toi Toi Toiletten» aufstellen lassen, welche jedoch wie wir wissen, nicht von den Bettelnden gebraucht werden.
- a) Wie viele «Toi Toi Toiletten» wurden seit wann in Betrieb genommen?
 - b) Wie hoch sind die Kosten für Anschaffung und Betrieb seit deren Einführung?
7. Seit Ende 2019 müssen alle Schweizer ÖV-Betriebe Daten ins nationale Register einspeisen. Die Kosten für Schwarzfahrer werden deshalb erheblich teurer. Die Kosten für einmaliges Erwischen sind Fr.100.00. Beim zweiten Verstoss werden Fr. 140.00 verlangt und ab dem dritten Verstoss gar Fr. 170.00 sowie ein Eintrag ins nationale Register. Täglich fahren mindestens 20 Personen von den genannten Bettlern mit Sack und Pack mit dem ÖV selbstverständlich ohne Billett und verunreinigen auch noch Sitze und Haltestangen - denn letztendlich haben es die Leute mit der Hygiene nicht zum Besten.

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat an:

- a) Bei wie vielen Romas wurde seit Sommer 2020 bis heute eine Billett Kontrolle durchgeführt und diese gebüsst sowie registriert?

- b) Falls nein, weshalb wurden keine Kontrollen durchgeführt?
 - c) Ist dem Regierungsrat bekannt, welche Strecken und wann die Romas täglich den ÖV nutzen?
 - d) Wie viele Bürgerinnen und Bürger, sprich Nicht-Romas, Nicht-Bettelnde wurden seit Sommer 2020 bis heute im ÖV kontrolliert, gebüsst sowie registriert?
 - e) Wie viele Einnahmen wurden durch die Bussen generiert?
 - f) Falls Kontrollen bei Nicht-Bettelnden und Nicht-Romas stattgefunden haben bzw. diese gebüsst wurden, will die Interpellantin wissen, weshalb diese Bevölkerungsgruppe der ausländischen Bettelnden von der BVB bevorzugt behandelt wird und weshalb andere Bevölkerungsgruppen für selbiges Vergehen gebüsst werden.
 - g) Ist der Regierungsrat bereit, für alle Bevölkerungsgruppen den ÖV gratis anzubieten, bis das Bettelverbot wieder eingeführt wird?
 - h) Falls nein, welche Massnahmen werden ergriffen, dass alle Schwarzfahrer gebüsst werden?
8. Bis am 10. Februar 2021 haben sich 17 Personen beim Migrationsamt gemeldet und erhielten ein Zugticket und zusätzlich 20 Franken Sackgeld.
- a) Wie viele der 17 Personen haben effektiv den Zug genommen und Basel bzw. die Schweiz verlassen?
 - b) Wie kann sichergestellt werden, dass diese 17 Personen künftig nicht wieder auf Kosten der Basler Steuerzahler*innen unterhalten werden und keine weiteren Auszahlungen getätigt werden?
 - c) Welche Sonderregelungen wurden seit Einführung des Bettelverbots im Sommer 2020 den Romas gegenüber anderen EU Bürgern gewährt?
 - d) Weshalb wurden Sonderregelungen für die Romas erstellt?
 - e) Wie hoch sind insgesamt die Kosten, welche für die Romas seit Sommer 2020 aufgewendet werden mussten? Hierzu verlangt die Interpellantin eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben und Auslagen.
- Gianna Hablützel-Bürki»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Zu den einzelnen Fragen

1. *Öffentliche Parkanlagen werden von der Bevölkerung in der Freizeit als Erholungsgebiet genutzt und die Grünflächen entsprechend vom Kanton bewirtschaftet. Es ist längst bekannt, dass die rumänischen Bettlerbanden ihre Notdurft in Parkanlagen, hemmungslos an Gotteshäusern und sogar in Mülltonnen von Restaurants verrichten sowie ihren Dreck und Müll liegen lassen. Im menschlichen Kot sind viele Keime enthalten, die krankmachen können. Diese Keime können mehrere Tage lang überleben.*
- a) *Weiche Mittel und Massnahmen werden wie oft eingesetzt, um die Fäkal fachgerecht zu entsorgen?*
 - b) *Wie hoch sind die personellen Mehraufwendungen und die Mehrkosten der Stadtreinigung für die Entsorgung des Drecks, des Mülls und des Wegräumens des Kots sowie des Desinfizierens der Wände etc. (sofern das überhaupt gemacht wird) seit Aufhebung des Bettelverbots im Sommer 2020?*

Das Tiefbauamt räumt die Orte, an denen die Roma und Romnija nächtigen, täglich, und dreimal wöchentlich wird geschwemmt. Der zusätzliche Aufwand belief sich bisher auf rund 20'000 Franken.

2. *Seit Monaten kämpft das Basler (Gastro)-Gewerbe ums nackte Überleben. Die vom Bundesrat verhängten Covid-19 Massnahmen drängen unzählige Gastronomie-Betreiber in den blanken Ruin. Unrat, welcher durch die Romas verursacht wird, kosten die Gastronomie-Besitzer zusätzlich viel Geld. Die verzweifelte Kontaktaufnahme von Gastronomiebetreibern mit der Kantonspolizei Basel-Stadt, Recherchen der Interpellantin sowie der nachgewiesenen Tatsache, dass Romas auch Müll-Container von Restaurant Besitzern verwenden, um ihre grosse und kleine Notdurft zu verrichten, zwingen die Gastronomiebesitzer, täglich die Abfallbehälter zu reinigen. Dass dies nicht nur mit Wasser und handelsüblichen Reinigungsmitteln gelingt, liegt wohl auf der Hand. Mit grossen Mengen an Desinfektionsmitteln müssen diese täglich aufwändig von Hand gereinigt werden. Der grosse Einsatz von Desinfektionsmitteln wirkt sich auf die Umwelt aus. Beim Reinigen gelangt ein Teil der Gifte ins Abwasser. «Einige dieser Substanzen sind sehr giftig für die Wasserorganismen» wurde eine Umweltextpertin am Schweizerischen Ökotoxzentrum in Dübendorf zitiert.*

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass der Einsatz von mehreren Litern Desinfektionsmittel Auswirkungen auf unsere Umwelt haben kann?*
- b) Werden die Auswirkungen (sofern bekannt) bewusst verschwiegen, weil der Regierungsrat nicht handelt und die Romas weiterhin in unserem Kanton unterhalten werden?*

Desinfektionsmittel werden in vielen verschiedenen Bereichen eingesetzt, u.a. in Lebensmittelbetrieben, Restaurants, Altersheimen und Spitälern. Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine grosse Kläranlage, die in der Lage ist, die meist gut abbaubaren und in verhältnismässig kleinen Mengen vorkommenden Desinfektionsmittel mühelos zu beseitigen. Viele der eingesetzten alkoholbasierten Desinfektionsmittel gelten zudem als umweltverträglich. Aus diesen Gründen kann eine negative Beeinträchtigung der Umwelt ausgeschlossen werden.

Die kantonalen Gewässer und die Reinigungsleistung der Kläranlage werden von den Betreibern und den zuständigen Behörden regelmässig überwacht. Bisher sind keine negativen Auswirkungen auf den Betrieb der Kläranlage und die Gewässer bekannt.

- c) Täglich müssen Restaurantbesitzer und dessen Personal die Fäkalien an Hauswänden, Eingängen und in Mülltonnen entsorgen sowie reinigen. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass dieser tägliche Mehraufwand für die Ladenbesitzer zumutbar ist und die Kosten gerechtfertigt sind?*
3. *Diese unwürdige und demütigende Aufgabe kostet die Restaurantbetreiber sehr viel Geld. Aufgrund des Entscheids des Bundesrates vom 24. Februar 2021, müssen die Gastronomiebetriebe weiterhin geschlossen bleiben und die meisten Betriebe haben nach wie vor keine Einnahmen. Zudem ist es so, dass wer ab September 2020 einen Betrieb eröffnet hat, keinen Überbrückungskredit erhält!*

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) Ist sich dieser bewusst, weiche horrenden Kosten die Restaurantbesitzer aus der eigenen Tasche berappen müssen, um den Dreck von Bettelbanden zu entsorgen?*
- b) Ist der Regierungsrat bereit, die betroffenen Gastronomen zu entschädigen (auch rückwirkend) und die tägliche Reinigung der oben genannten FäkalThematik zur Aufgabe der Stadtreinigung zu machen?*
- c) Falls der Regierungsrat nicht bereit ist, die betroffenen Gastronomiebetriebe zu unterstützen, will die Interpellantin wissen, weshalb nicht?*

Verunreinigungen auf Privatgebiet müssen in der ganzen Stadt von den Liegenschaftsbesitzenden beseitigt werden. Das gilt auch für Restaurants

- d) *Welche Massnahmen werden durch den Regierungsrat ergriffen, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu setzen?*

Nach einem – noch nicht rechtskräftigen – Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) zum Genfer Bettelverbot verstösst ein allgemeines, pauschales Bettelverbot gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Regierungsrat wird deshalb in einem Bericht zur Motion Joël Thüring, mit deren Überweisung der Grosse Rat Mitte Dezember 2020 die Wiedereinführung des Bettelverbots gefordert hat, die entsprechenden Auswirkungen auf Basel-Stadt ausführen sowie Alternativen aufzeigen, die rechtlich zulässig und praktisch sinnvoll sind. Bis dahin klären die zuständigen Stellen die Roma und Romnija auf, sie beseitigen den liegengebliebenen Abfall, sie schaffen zusätzliche Hygieneangebote wie Toi-Toi-WCs und nach Bedarf reagiert die Polizei mit geeigneten Massnahmen.

4. *Das Härtefall-Paket des Kantons Basel-Stadt unterstützt lediglich Betriebsstätten mit Betriebsaufnahme vor dem 1. September 2020.*

- a) *Welche Willkür hat den Regierungsrat getrieben, um alle nach dem 1. September 2020 eröffneten Betriebsstätten zu benachteiligen, obwohl diese die Eröffnung bereits vor dem ersten Lockdown publiziert hatten?*

Mit dieser Regelung berücksichtigt der Kanton Basel-Stadt jüngere Betriebe als der Bund, der für seinen Beitrag zum Härtefallprogramm den Stichtag auf 1. März 2020 festsetzte. Diese Differenz von einem halben Jahr kann demnach als Entgegenkommen angesehen werden.

5. *Hundehalter bezahlen eine Hundesteuer, sind verpflichtet den Hundekot aufzunehmen und in den Abfallbehältern zu entsorgen. Eine Zuwiderhandlung wird mit Fr. 100.00 gebüsst.*

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) *Wie oft wurden Romas für das Erledigen ihrer Notdurft und das liegenlassen des Mülls gebüsst?*
b) *Falls keine Bussen ausgesprochen wurden: weshalb werden Hundehalter gebüsst, Romas Jedoch nicht?*
c) *Falls Bussen ausgestellt wurden, wie viele Bussen wurden effektiv bezahlt? Wenn nicht bezahlt wird. wie läuft das Inkasso ab?*
d) *Wie hoch sind die Einnahmen von Sommer 2020 bis heute?*

Beim Ordnungsbussenverfahren handelt es sich um ein vereinfachtes und anonymes Verfahren. Bei sofortiger Bezahlung oder Bezahlung innerhalb der Bedenkfrist werden keine Personalien der gebüssten Personen aufgenommen bzw. die erfassten Personendaten gelöscht.

Aus den genannten Gründen kann lediglich eruiert werden, wie viele Bussen wegen Verrichten der Notdurft, Littering oder verbotenen Beseitigen von Haushaltsabfällen insgesamt ausgesprochen wurden, nicht aber, gegenüber wem diese Bussen ausgesprochen wurden.

Die Anzahl der bezahlten Bussen pro Übertretung ist öffentlich zugänglich und kann unter folgendem Link abgerufen werden:

https://data.bs.ch/explore/dataset/100058/table/?disjunctive.kategorie_bezeichnung&disjunctive.wochen-tag&disjunctive.ubertretungsmonat&disjunctive.ubertretungsjahr&disjunctive.gk_limite&disjunctive.u_plz&disjunctive.u_ort&disjunctive.bussen_betrag&disjunctive.buzi&disjunctive.buzi_zus&disjunctive.buzi_text&sort=laufnummer

Diese Liste wird quartalsweise aktualisiert.

Bei Nichtbezahlung der Ordnungsbusse innert Frist erfolgt die Überweisung an die Strafbefehlsabteilung der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, die entsprechende Ermittlungen aufnimmt.

- e) *Ist der Regierungsrat bereit, die Hundesteuern 2021 bis zur Aufhebung des Bettelverbots zu erlassen bzw. rückwirkend zu entschädigen?*

Die Hundesteuer ist wie der Name sagt eine Steuer und keine Gebühr. Sie steht damit in keinem Zusammenhang mit den Kosten, die dem Staat durch Hunde anfallen.

6. *Der Kanton Basel-Stadt hat für die Bettelnden extra «Toi Toi Toiletten» aufstellen lassen, welche jedoch wie wir wissen, nicht von den Bettelnden gebraucht werden.*
a) *Wie viele «Toi Toi Toiletten» wurden seit wann in Betrieb genommen?*
b) *Wie hoch sind die Kosten für Anschaffung und Betrieb seit deren Einführung?*

Seit Januar dieses Jahres stehen bei der Markthallenbrücke je ein WC-Häuschen und ein Pissoir. Für Anschaffung und Betrieb sind bisher monatlich knapp 1'000 Franken angefallen.

7. *Seit Ende 2019 müssen alle Schweizer ÖV-Betriebe Daten ins nationale Register einspeisen. Die Kosten für Schwarzfahrer werden deshalb erheblich teurer. Die Kosten für einmaliges Erwischen sind Fr.100.00. Beim zweiten Verstoss werden Fr. 140.00 verlangt und ab dem dritten Verstoss gar Fr. 170.00 sowie ein Eintrag ins nationale Register. Täglich fahren mindestens 20 Personen von den genannten Bettlern mit Sack und Pack mit dem ÖV selbstverständlich ohne Billett und verunreinigen auch noch Sitze und Haltestangen - denn letztendlich haben es die Leute mit der Hygiene nicht zum Besten.*

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat an:

- a) *Bei wie vielen Romas wurde seit Sommer 2020 bis heute eine Billett Kontrolle durchgeführt und diese gebüsst sowie registriert?*
b) *Falls nein, weshalb wurden keine Kontrollen durchgeführt?*
c) *Ist dem Regierungsrat bekannt, welche Strecken und wann die Romas täglich den ÖV nutzen?*
d) *Wie viele Bürgerinnen und Bürger, sprich Nicht-Romas, Nicht-Bettelnde wurden seit Sommer 2020 bis heute im ÖV kontrolliert, gebüsst sowie registriert?*
e) *Wie viele Einnahmen wurden durch die Bussen generiert?*

Die BVB erheben die Staatsangehörigkeit oder ethnische Zugehörigkeit der kontrollierten BVB-Fahrgäste nicht. Entsprechend gibt es auch keine Erhebungen zu den gefahrenen Strecken und ÖV-Nutzungen nach Staats- oder ethnischer Zugehörigkeit.

Insgesamt wurden auf dem BVB-Netz vom 1. Juli 2020 bis 28. Februar 2021 461'302 Fahrgäste kontrolliert. Dabei wurden 17'657 Fahrgäste ohne gültigen Fahrausweis angetroffen. 3'390 davon konnten nachträglich ein Abonnement vorweisen. 13'667 wurden gebüsst und somit registriert. Dadurch wurden Einnahmen in der Höhe von ca. 1,3 Mio. Franken generiert.

- f) *Falls Kontrollen bei Nicht-Bettelnden und Nicht-Romas stattgefunden haben bzw. diese gebüsst wurden, will die Interpellantin wissen, weshalb diese Bevölkerungsgruppe der ausländischen Bettelnden von der BVB bevorzugt behandelt wird und weshalb andere Bevölkerungsgruppen für selbiges Vergehen gebüsst werden.*

Die BVB behandelt alle Fahrgäste gleich, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder anderen Merkmalen.

- g) *Ist der Regierungsrat bereit, für alle Bevölkerungsgruppen den ÖV gratis anzubieten, bis das Bettelverbot wieder eingeführt wird?*

Nein.

- h) *Falls nein, welche Massnahmen werden ergriffen, dass alle Schwarzfahrer gebüsst werden?*

s. Antwort auf Frage 7. f)

8. *Bis am 10. Februar 2021 haben sich 17 Personen beim Migrationsamt gemeldet und erhielten ein Zugticket und zusätzlich 20 Franken Sackgeld.*

a) *Wie viele der 17 Personen haben effektiv den Zug genommen und Basel bzw. die Schweiz verlassen?*

In der Zwischenzeit haben 31 Personen beim Migrationsamt vorgesprochen und haben um Rückkehrunterstützung nachgefragt. Davon waren 22 Personen in der Notschlafstelle untergebracht. 27 Personen haben den vom Migrationsamt erhaltenen Railcheck gegen ein Zugticket der SBB eingelöst und sind in ihr Heimatland oder in Nachbarstaaten gereist. Das Migrationsamt geht davon aus, dass diese Personen ausgereist sind, da die gleichen Personen bisher nicht wieder behördlich in Erscheinung getreten sind. Für die restlichen 4 Personen hat das Migrationsamt aktuell noch keine Abrechnung der SBB erhalten.

b) *Wie kann sichergestellt werden, dass diese 17 Personen künftig nicht wieder auf Kosten der Basler Steuerzahler*innen unterhalten werden und keine weiteren Auszahlungen getätigt werden?*

Grundsätzlich können sich EU-/EFTA Angehörige im Rahmen des Tourismus' während 90 Tagen pro Kalenderhalbjahr in der Schweiz aufhalten. Sollten diejenigen Personen, die um Rückkehrunterstützung angefragt und diese erhalten haben, wieder in der Schweiz bzw. in Basel-Stadt kontrolliert werden, prüft das Migrationsamt aufgrund der registrierten Daten, ob ausländerrechtliche Massnahmen (ausländerrechtliche Strafverfolgung und/oder Fernhaltemassnahme) getroffen werden können.

c) *Welche Sonderregelungen wurden seit Einführung des Bettelverbots im Sommer 2020 den Romas gegenüber anderen EU Bürgern gewährt?*

Wir gehen davon aus, dass nicht die Einführung, sondern die Aufhebung des Bettelverbots von der Interpellantin gemeint ist.

Bedürftige Personen aus dem EU-/EFTA-Raum werden in der Regel eine Nacht bzw. an den Wochenenden bis zu drei Nächten in den kantonalen Notschlafstellen untergebracht und anschliessend zur Sozialhilfe geschickt, wo die Bedürftigkeit geprüft wird. Liegt diese vor, müssen sich die Personen unverzüglich beim Migrationsamt melden, damit die Rückreise organisiert werden kann. Bis zum erstmöglichen Termin der Rückreise werden die Personen von der Sozialhilfe mit Nothilfe unterstützt. Die osteuropäischen Bettlerinnen und Bettler erhielten in der Zeit vom 1. Februar bis 14. Februar 2021 eine Kostengutsprache für die Notschlafstelle für zwei Wochen mit der Auflage, sich zwecks Ausreise beim Migrationsamt zu melden, vom 15. Februar bis 7. März 2021 wurden Kostengutsprachen für eine Woche ausgestellt. Seit dem 8. März 2021 werden wieder alle EU-/EFTA-Bürgerinnen und Bürger gleich behandelt.

d) *Weshalb wurden Sonderregelungen für die Romas erstellt?*

Die Temperaturen lagen im Januar/Februar 2021 sehr tief. Der Regierungsrat wollte verhindern, dass Personen unfreiwillig draussen übernachten müssen und dabei Gefahr laufen, zu erfrieren.

e) *Wie hoch sind insgesamt die Kosten, welche für die Romas seit Sommer 2020 aufgewendet werden mussten? Hierzu verlangt die Interpellantin eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben und Auslagen.*

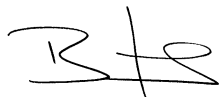
Die Kosten für die Unterbringung in der Notschlafstelle können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgewiesen werden, da noch nicht alle Rechnungen vorliegen.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Dem Migrationsamt wurden bisher insgesamt folgende finanziellen Aufwendungen in Rechnung gestellt:

27 x SBB Railchecks	5'391 Franken
31 x Zehrgeld für Reise à 20 Franken	620 Franken
18 Kostengutsprache PCR Test zu 156 Franken	2'808 Franken

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin